

[www.nein-angriff-fristenregelung.ch](http://www.nein-angriff-fristenregelung.ch)

**Verein «Nein zum Angriff auf die Fristenregelung»**

**Sekretariat:**

FDP. Die Liberalen Frauen, Neuengasse 20, 3011 Bern,  
031 320 35 36, esseiva@fdp.ch

SP Frauen, Spitalgasse 34, 3001 Bern,  
031 329 69 90, barbara.berger@sp-frauen.ch

**Spenden online:**

<http://www.nein-angriff-fristenregelung.ch/de/crowdfunding.html>

**Postkonto:**

Konto-Nr. 60-574585-1, IBAN CH7509000000605745851



### **Nein Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»**

Das Schweizer Stimmvolk hat sich 2002 mit 72 Prozent Ja-Stimmen für die Fristenregelung und damit für die Finanzierung durch die Grundversicherung im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs ausgesprochen. Das wollen christlich-konservative Kreise mit der Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» rückgängig machen. Mit falschen und irreführenden Argumenten zu Gesundheitskosteneinsparungen wollen sie Schwangerschaftsabbrüche von der Grundversicherung ausnehmen.

### **Keine Kosteneinsparung**

Das finanzielle Argument entbehrt aber jeglicher Grundlage: Die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche sind mit nur 0,03% der gesamten Kosten der obligatorischen Krankenversicherung verschwindend klein. Die geltende Fristenregelung sorgt zudem dafür, dass Frauen in einer medizinisch sicheren Umgebung einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen können. Die Initiative gefährdet diese medizinisch sichere Umgebung, was wiederum zu höheren Folgekosten führen kann. Hinzu kommt, dass bereits heute viele Frauen den Schwangerschaftsabbruch aufgrund hoher Franchisen ganz oder teilweise selber bezahlen.

### **Initianten wollen Selbstbestimmung beschneiden**

Damit zeigt sich, dass die Initianten und Initiantinnen weder finanzielle noch gesundheitspolitische, sondern rein ideologische Ziele verfolgen. Der Schwangerschaftsabbruch soll verteufelt und erschwert werden.

### **Tiefste Rate Europas**

Die Schweiz hat die tiefste Rate von Schwangerschaftsabbrüchen in ganz Europa. Diese Rate wird die Initiative nicht senken und somit keinen Abbruch verhindern. Stattdessen werden Schwangerschaftsabbrüche in die Illegalität und ins Ausland vertrieben, was die Gesundheit der betroffenen Frauen gefährdet.

**Eine breit abgestützte Allianz von Parteien, Frauen- und Fachorganisationen wehrt sich gegen diese verlogene Initiative!**

**Stimmen Sie NEIN zur Initiative**

**«ABTREIBUNGSFINANZIERUNG**

**IST PRIVATSACHE»**

**weil sie:**

- die bewährte Fristenregelung aufs Spiel setzt
- Frauen einseitig bestraft
- Männer aus der Verantwortung entlässt
- das Prinzip der Solidarität in der Grundversicherung untergräbt
- kein Geld spart